



Antrag

der Abgeordneten **Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Florian von Brunn, Michael Busch, Martina Fehner, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild SPD**

Sanierung der Wohnanlagen in der Studentenstadt Freimann

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst schriftlich bis Ende März 2022 über den Sachstand bei der geplanten Sanierung der derzeit unbewohnten Studentenwohnanlagen des Münchner Studentenwerks in der Studentenstadt Freimann zu berichten.

Im Bericht ist insbesondere auf folgende Fragen einzugehen:

- Seit wann ist die Staatsregierung über den Leerstand und dessen Ursachen informiert?
- Mit welchen Mitteln hat die Staatsregierung das Studentenwerk München bislang bei den Sanierungsmaßnahmen unterstützt?
- Ist vorgesehen, das Studentenwerk mit zusätzlichen Mitteln zur beschleunigten Durchführung der Sanierung zu fördern?
- Wie sieht der Zeitplan für die Sanierung der Wohnanlagen aus?

Begründung:

In der Studentenstadt Freimann in der Landeshauptstadt München sind mehrere Wohnanlagen dringend sanierungsbedürftig. Insbesondere der Brandschutz genügt nicht mehr den rechtlichen Anforderungen. Aus diesem Grund werden die Anlagen derzeit schrittweise geräumt, wodurch bis zum Ende des Jahres rund 1 200 Wohnheimplätze leerstehen werden. Mit der Planung der nötigen Baumaßnahmen kann laut Studentenwerk München allerdings noch nicht begonnen werden, da die benötigten Finanzmittel in Höhe von 130 Mio. Euro nicht in ausreichender Höhe zur Verfügung stehen. Es wird vonseiten des Studentenwerks daher davon ausgegangen, dass die Wohnanlagen für eine längere Zeit nicht mehr bewohnbar sein werden. Angesichts des ohnehin knappen Angebots an bezahlbarem Wohnraum für Studierende in der Stadt München ist die Staatsregierung jetzt aufgefordert darzulegen, welche Maßnahmen getroffen werden sollen, damit dringend benötigte Wohnheimplätze in München schnellstmöglich wieder zur Verfügung gestellt werden können.